

NIEDERSCHRIFT

der 32. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22.11.2021

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Kulturhaus, Merseburger Straße 14,

Ende: 19:15 Uhr

Weißenfels

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Zuschlagserteilung Außenanlagen Grundschule Tagewerben, 2. BA 188/2021
- Los 1 Außenanlagen

Öffentlicher Teil

- TOP 5 Mündliche Informationen zur interkommunalen Zusammenarbeit Burgenlandkreis und Stadt zum Thema Migration
- TOP 6 Stellenplan 2022 155/2021
- TOP 7 Beantwortung von Anfragen
- TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 2 Beantwortungen von Anfragen
- TOP 3 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

- TOP 9 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- TOP 10 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Bischoff, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, eröffnet die Beratung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 15 Mitglieder anwesend. Damit ist der Hauptausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Bischoff beantragt die Änderung der Reihenfolge. Der TOP NÖ1 Zuschlagserteilung Außenanlage Grundschule Tagewerben soll nach dem TOP Ö 4 vorgezogen werden. Die Stadträte sind damit einverstanden.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 01.11.2021 wird mit 3 Enthaltungen bestätigt.

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

5. Mündliche Informationen zur interkommunalen Zusammenarbeit Burgenlandkreis und Stadt zum Thema Migration

Frau Henze stellt die Entwicklungen zur interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis zum Thema Migration vor.

Dabei wird auf die Ausgangslage, die Auswertung der Lernreise nach Rheda-Wiedenbrück und die nächsten Schritte eingegangen.

Es wurden folgende Arbeitsgruppen mit dem Burgenlandkreis gebildet, welche nun mit der Ausarbeitung einer Arbeitsstruktur bis Januar 2022 beauftragt sind:

- Clearing Stelle
- Wohnraumkontrolle
- aufsuchende Sozialarbeit
- Willkommenszentrum/ Neustadtbüro
- Schulteam

Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Nach Auswertung der Arbeitsgruppenberichte wird eine erneute Vorstellung im Hauptausschuss 2022 erfolgen.

Frau Pfauter erfragt, wie viele Mitarbeiter bzw. Stellen für die Clearing-Stelle in Rheda-Wiedenbrück vorgesehen sind.

Weiter wird angefragt, wie die Aussage zur „Bildungsunterbrechung bei den Eltern“ zu verstehen ist.

In Rheda-Wiedenbrück wurde, auch durch die Erkenntnisse der Befragungen durch die Clearing-Stelle, festgestellt, dass Arbeitsmigration mit Armutsmigration einhergeht und die prekären Beschäftigungsverhältnisse auf niedrige Bildungsabschlüsse zurück zu führen sind. Die Kinder sollen daher direkt mit in den Prozess der Schulüberführung eingebunden werden.

Weiter teilt Frau Henze mit, dass in Rheda-Wiedenbrück derzeit eine Kombination von zwei Verwaltungsmitarbeitern und zwei Stellen für Sozialarbeiter geplant sind.

Frau Spiegelberg kann nicht nachvollziehen, weshalb über die Zuständigkeiten mit dem Burgenlandkreis diskutiert werden muss, wenn die Aufgaben doch beim Landkreis zu verorten sind. Weiter möchte sie im Hinblick auf Überprüfung der Pässe wissen, ob Kopien der Dokumente angefertigt werden.

Die Verwaltung antwortet, dass die Überprüfung der Pässe jetzt auch schon erfolgt. Mit Übernahme der Daten in das Melderegister sind die Personen eingetragen. Das Kopieren von Dokumenten ist unüblich. Vor allem die technische Überprüfung soll verbessert werden.

Es wurde festgestellt, dass die räumliche Trennung der zuständigen Behörden nicht zielführend ist. Aus diesem Grund wird neu über Zuständigkeiten und Zusammenarbeit gedacht.

Herr Riemer nimmt Bezug auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz, wonach die Stadt auf Antrag die Aufgaben des Jugendamtes übernehmen kann und möchte wissen, ob dies angedacht ist.

Weiter fragt er nach, weshalb in Weißenfels 5 Mitarbeiter benötigt werden, obwohl Rheda-Wiedenbrück die Aufgabe mit 2 Mitarbeitern realisiert.

Zur Anzahl der Mitarbeiter wird erläutert, dass in Rheda-Wiedenbrück 2 Mitarbeiter für die Clearing-Stelle, 3 Mitarbeiter für die Wohnraumkontrolle und weitere Mitarbeiter im Schulteam tätig sind.

Die Übernahme der Aufgaben des Jugendamtes ist zu früh. Es bleiben zunächst die weiteren Schritte und ersten Erfahrungen abzuwarten, bis man einen weiteren Schritt gehen könnte.

Herr Papke möchte wissen, ob die geplanten Befragungen in der Clearing-Stelle freiwillig erfolgen und rechtlich geprüft sind.

Weiter bittet um Informationen zum Stadtteilzentrum der Caritas in Rheda-Wiedenbrück.

Zur Erhebung der Daten durch die Clearing-Stelle kann nach den Gesprächen im Januar berichtet werden, informiert Frau Henze.

Frau Spiegelberg fordert bei Übernahmen von Aufgaben des Landkreises, dass die notwendigen Stellen durch den Burgenlandkreis finanziert werden.

Herr Risch meint, dass auch dazu im Januar die Auswertungen abzuwarten sind. Er schlägt vor die Stelle für die Clearing-Stelle vorerst mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Dabei meint Frau Spiegelberg, dass schnell und befristet Stellen zu schaffen sind, damit die Datenerhebung zügig vorangetrieben werden kann.

Herr Wehler fragt an, wie mit Zugewanderten umgegangen wird, welche keine Dokumente vorweisen können.

Alle in Weißenfels ankommenden Personen durchlaufen die Clearing-Stelle. Für die Klärung dieser Sachverhalte soll die Clearing-Stelle zuständig werden.

Man sollte jetzt nicht in Hektik verfallen, meint Herr Patzschke. Die Arbeitsgruppenberichte im Januar sind abzuwarten und danach weitere Schritte festzulegen.

Der Oberbürgermeister übernimmt die Leitung der Sitzung.

6. Stellenplan 2022

Herr Risch stellt die Neuerungen zum vorherigen Entwurf vor.

- Die Aufnahme der Clearing-Stelle wird mit einem Sperrvermerk bis zur Klärung mit dem Landkreis versehen.
- Zusätzlicher Mitarbeiter Integration wird über Drittmittel finanziert.
- Der Mitarbeiter Neustadtbüro wurde bisher über eine GESA-Maßnahme besetzt. Da dies nun wegfällt, soll die Stelle fest geplant werden. Zu den Aufgaben gehören Unterstützung bei Veranstaltungen im Neustadtbüro und die Abdeckung der Öffnungszeiten.
- Zwei Mitarbeiter kommen zusätzlich zum Ordnungsamt im Innendienst. Zu den Aufgaben werden die Umsetzung der Feststellungen im Ordnungsbereich gehören- Vorbereitung von Kontrollen, Sperrung von Immobilien vorbereiten und ggf. Umverlegung der Bewohner organisieren.

Herr Riemer weist daraufhin, dass laut Vorbericht die Mitarbeiter im Außendienst des Ordnungsamtes eingesetzt werden.

Weiter wird der Aufwuchs im Kulturhaus für die Grünpflege in Frage gestellt. Es ist zu erläutern, weshalb diese Aufgabe nicht durch die Stadtwirtschaft übernommen werden kann.

Die Stelle Ehrenamtskoordinator soll aus Drittmittel finanziert werden, wodurch sich wiederum eine Befristung der Stellen begründen lässt.

Herr Risch stellt klar, dass der Vorbericht entsprechend geändert wird.

Zum Kulturhaus macht Herr Brückner deutlich, dass mit dem zusätzlichen Mitarbeiter vorrangig der Umbau zwischen den Veranstaltungen und die Abdeckung der Arbeitszeit gewährleistet werden soll. Momentan werden die Zeiten mit Personen aus GESA-Maßnahmen abgedeckt, welche im kommenden Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zur Stelle Ehrenamtskoordinator wird ausgeführt, dass die Tätigkeit in den letzten Jahren ohne Zuordnung nebenher erfolgte. Dies stand immer wieder in der Kritik. Um eine Beständigkeit aufzubauen, wird auf eine unbefristete Anstellung gesetzt.

Herr Rauner hinterfragt nochmals, wieso nach zwei Jahren Pandemie und weg gefallenen Veranstaltungen zusätzliche Mitarbeiter in dem Bereich benötigt werden.

Es wird erläutert, dass Veranstaltungen im Tagesbereich und Abendbereich stattfinden. Dazwischen muss noch der Umbau erfolgen. Im öffentlichen Dienst ist die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden maximal festgelegt. Damit sind die Zeiten kaum abzudecken. Der Wegfall der zusätzlichen Unterstützung über den zweiten Arbeitsmarkt schlägt sich im nächsten Jahr nieder.

Herr Ziegler wünscht eine Untersetzung des Stellenplanes mit Zahlen und einem Vergleich der Mittel mit dem Vorjahr.

Herr Riemer verweist auf den Beschluss zur Änderung des Besoldungsgesetzes bezüglich eines Kinderzuschlages und hinterfragt, ob dieser bereits eingerechnet ist. Dazu meint Herr Hantscher, dass die Mittel aufgrund der kurzfristigen Entscheidung bisher nicht eingeplant sind. Da es innerhalb der Verwaltung nur wenige Beamte betrifft, ist dies kein Problem für den städtischen Haushalt.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 mit Beschluss zur Haushaltssatzung 2022 zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 5

7. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

8. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen OB:

- Die neue Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt wird für Mittwoch erwartet.
- Der Burgenlandkreis wird folgende Maßnahmen zeitnah erlassen
 - Impfzentrum Zorbau wieder öffnen
 - Testpflicht für alle Schüler
 - Untersagung von Weihnachtsfeiern, außer in der Gastronomie

Zum Weihnachtsmarkt konnte mit den übrigen Städten kein Konsens gefunden werden. Während Magdeburg und Halle weiter planen, ist der Weihnachtsmarkt in ganz Sachsen abgesagt. Naumburg wird bis auf die Eisbahn absagen.

Für Herrn Risch ist es schwierig den Weihnachtsmarkt komplett abzusagen, während große Sportveranstaltungen in Hallen zugelassen werden.

Herr Papke äußert Bedenken, dass der Besucherstrom aus den Nachbarkommunen zu groß wird.

Dem würde Herr Risch mit Einlassbeschränkungen, strengen Kontrollen der Maskenpflicht und Einschränkung der Kapazität auf der Eisbahn entgegen treten.

Nur eine 1-G Regel und damit Schnelltest bei allen Besuchern würde eine Gerechtigkeit erwirken, meint Frau Zwirnmann.

Herr Rauner ist von der Landesregierung enttäuscht und kann nicht verstehen, warum die Kommunen mit der schwierigen Entscheidung allein gelassen werden.

Herr Reichel möchte wissen, welche Einschätzung das Gesundheitsamt des Burgenlandkreises abgegeben hat. Eine Nachfrage bei dem Krankenhauspersonal ergab, dass alle am Ende ihrer Kräfte sind und nicht weitere Hotspots geschaffen werden sollten. Die Umsetzung des Hygienekonzeptes wird stark angezweifelt.

Die Gelder die nun für zusätzliches Security-Personal ausgegeben werden, sollten stattdessen den Händlern zur Verfügung gestellt werden. Herr Reichel plädiert für eine Absage des Weihnachtsmarktes in Anbetracht der derzeitigen Lage.

Zur Entschädigung der Händler bei einer Absage des Weihnachtsmarktes sprechen sich mehre-

re Stadträte aus.

Herr Risch denkt nicht, dass sich der Weihnachtsmarkt als Pandemietreiber entwickelt. Die hohen Inzidenzen sind zum Großteil auf die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen zurückzuführen. Dies wird man auch mit einer Absage des Weihnachtsmarktes nicht aufhalten.

Herr Klitzschmüller fühlt sich genötigt hierzu eine verbindliche Entscheidung zu treffen. Er sieht sich außer Stande dafür die Verantwortung zu übernehmen. Aufgrund dessen sollte der Weihnachtsmarkt abgesagt werden und eine Unterstützung für die Händler gezahlt werden.

Frau Spiegelberg hingegen plädiert für die Durchführung des Weihnachtsmarktes unter entsprechenden Vorgaben. Den Händlern sollte die Chance für eine gute Durchführung des Weihnachtsmarktes gegeben werden. Den befürchteten Massenaufmarsch aus anderen Kommunen gab es bisher bei keiner Veranstaltung.

Herr Patzschke fasst zusammen, dass mehr Schutzmaßnahmen möglich sind, als der Gesetzgeber verlangt. Die Lage wird sich durch eine Absage nicht ändern. Mit Kontrollen ist die Lage besser zu kontrollieren, als an manch anderen Orten wie Stadien und Nahverkehr.

Es wird eine Probeabstimmung durchgeführt.

Soll der Weihnachtsmarkt mit 3-G-Regel und Maskenpflicht öffnen?

Abstimmung: dafür: 7 dagegen: 5 Enthaltung: 2

Herr Reichel möchte festhalten, dass er gegen eine Öffnung des Weihnachtsmarktes gestimmt hat.

Herr Risch lässt sich offen, weitere Einschränkungen für den Weihnachtsmarkt anzuordnen. Es sollte den Menschen jedoch nicht alles genommen werden und ist mit der Umsetzung der Schutzmaßnahmen zuversichtlich.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

9. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es sind keine Einwohner anwesend.

10. Schließung der Sitzung

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung.

Robby Risch
Vorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin